



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik

01.12.2015

Haushalt 2016

Vorsorgende Haushaltspolitik zahlt sich aus

Solidität. Solidarität. Stabilität. Sicherheit. Das sind die Markenzeichen der Politik dieser Bundesregierung unter Führung der Bundeskanzlerin und sie tun dem Land und seinen Menschen gut.

In der letzten Woche haben wir den Bundeshaushalt für das kommende Jahr sowie den Finanzplan des Bundes bis 2019 verabschiedet. 316,9 Milliarden Euro gibt der Bund 2016 insgesamt aus. Wir werden wiederum ohne neue Schulden auskommen, obwohl durch die Flüchtlingsbewegung Mehrkosten entstehen werden. Dennoch fließen mehr Mittel vor allem in die Verkehrsinfrastruktur, den Breitbandausbau sowie in Bildung und Forschung. Die Ausgaben für Bundespolizei, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst werden deutlich erhöht. Auch zur Bekämpfung der Fluchtursachen werden deutlich mehr Gelder bereitgestellt. Bei alledem vergessen wir aber diejenigen nicht, die unsere Hilfe brauchen, nämlich die Pflegebedürftigen und die Kranken. Der Bundestag hat dazu bereits umfangreiche Verbesserungen beschlossen.

Es wird einen ausgeglichenen Haushalt geben, das Anwachsen des Schuldenberges ist gestoppt. Gleichzeitig erfolgt die Ausfinanzierung des auf drei Jahre (2016 bis 2018) angelegten zehn Milliarden Euro-Investitionspakets. Mit zusätzlichen Investitionen, insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und die Energieeffizienz, stärken wir die Grundlage für weiteres Wachstum in Deutschland. Die Investitionen werden gegenüber 2015 um gut 1,6 Milliarden Euro auf rund 31,5 Milliarden Euro erhöht; die Investitionsquote liegt damit bei rund 10 Prozent. Bis 2018 werden so die Investitionen in unsere Verkehrswege um 40 Prozent steigen. Bayern profitiert aufgrund der hohen Zahl baureifer Verkehrsprojekte derzeit überdurchschnittlich von den zusätzlichen Mitteln.

Haushaltskonsolidierung und Kommunalunterstützung schließen sich keinesfalls aus – im Gegenteil: durch die konsequente Haushaltspolitik kann der Bund die Kommunen in ihren Gestaltungsmöglichkeiten über das bisherige Niveau hinaus unterstützen. So werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau im nächsten Jahr quasi verdoppelt, um ausreichend preiswerten Wohnraum zu ermöglichen. Zudem stellt der Bund Kommunen und kommunalen Gesellschaften über Konversionsliegenschaften hinaus weitere Immobilien schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Die Ausgaben für Kultur werden um rund 120 Mio. Euro erhöht. Der Bildungsetat steigt gegenüber dem Vorjahr um über 1,1 Milliarde Euro weiter an. Er setzt damit die Entwicklung der letzten fünf Jahre fort, in denen wir die Ausgaben für Bildung und Forschung um 50 Prozent gesteigert haben.

Wir stehen fest an der Seite der Bauern. Im Bereich Ernährung und Landwirtschaft sieht der Bund für 2016 Ausgaben in Höhe von rund 5,49 Milliarden Euro vor. 178 Millionen Euro werden als Bundeszuschuss in die Landwirtschaftliche Unfallversicherung fließen. Zudem wurde die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ mit 30 Millionen Euro zusätzlich gestärkt.

Die veranschlagten Mittel sind dafür vorgesehen, neue Maßnahmen in der Verantwortung des Bundes der weiterentwickelten Gemeinschaftsaufgabe im Bereich der ländlichen Entwicklung zu fördern.

Mehr als jeder zweite Euro des Gesamthaushaltes wird für Soziales ausgegeben. Damit sind die Sozialausgaben der mit Abstand größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt. Zudem entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger um insgesamt 5,5 Milliarden Euro durch die in diesem Jahr beschlossene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und des Kinderzuschlags sowie den Abbau der kalten Progression. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erhöht sich um 2,6 Milliarden Euro. Davon stehen 1,9 Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen.

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern führt beim Bund zu Mehrbelastungen von gut 7,8 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Kosten werden zu einem großen Teil aus einer Rücklage finanziert, die sich aus einem Überschuss des laufenden Jahres in Höhe von 6,1 Milliarden Euro ergibt. Vor allem im Haushalt des Bundesinnenministeriums ist der Bedarf um rund eine Milliarde Euro an Geldern angesichts der Flüchtlingsproblematik gestiegen. Im Vergleich zu 2015 wächst der Einzelplan sogar um 1,5 Milliarden. Ein großer Teil des Geldes kommt der inneren Sicherheit zu Gute. Dem Innenministerium und seinen Behörden stehen somit die Mittel für fast 5.460 neue Stellen zur Verfügung. Trotz unserer humanitären Verantwortung gilt unsere Verantwortung aber zuerst allen unseren Bürgerinnen und Bürgern. Die Zuwanderung ist auf ein Maß zu begrenzen, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit dieses Landes auch langfristig gewährleistet.

Die Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention insbesondere in den Nachbarländern Syriens, werden im Etat des Auswärtigen Amtes um insgesamt 400 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro erhöht. Auch im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kommen wir unserer internationalen Verantwortung nach und schichten 370 Millionen Euro zugunsten der Bekämpfung von Fluchtursachen und der Krisenbewältigung in den Entwicklungsländern haushaltsneutral um.

Deutschland ist ein starkes Land, sowohl ökonomisch als auch politisch und sozial. Wir stellen uns neuen Herausforderungen, die zu Beginn der Wahlperiode noch nicht absehbar waren. Mit dem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir gerade auch in Europa, dass ein Land, trotz erheblicher zusätzlicher Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen, die Defizitkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch eine vorsorgende Haushaltspolitik einhalten kann und sich diese zum Wohle der Menschen auszahlt.